PB.B-01

Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	16.03.2021
Tagesordnungspunkt:	PB-B Kapitel 4: Bildung und Forschung ermöglichen

Bildung ermöglicht. Von Anfang an gibt sie Kindern, jungen Menschen und Erwachsenen bis ins hohe Alter die Möglichkeit, sich zu entfalten und über sich hinauszuwachsen, Altes zu hinterfragen und Neues zu entdecken. Bildung und Inklusion schaffen die Grundlagen, seinen eigenen Weg im Leben selbstbestimmt gehen zu können. In guter Bildungspolitik, Aus- und Weiterbildung, in visionärer Forschung und kluger Wissenschaftspolitik liegen unendlich viel Potenzial, um dieses Land gerechter, moderner und krisenfester zu machen.

Ein gutes Bildungssystem ist ein Schlüssel für gleiche Lebenschancen und Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft. Aber viel zu sehr hängt der Lebenslauf in Deutschland noch von der Familie, dem Nachnamen oder dem Wohnort ab statt von den eigenen Fähigkeiten. Und die Pandemie verschärft die ohnehin zu große soziale Ungleichheit: Wo Kinder auf wenig Förderung von zu Hause hoffen können, wo der Zugang zu Laptops oder Smartphones fehlt und kein Elternteil Zeit hat, beim Lernen zu helfen, drohen sie dauerhaft abgehängt zu werden. Die Kinder, die am stärksten von der Krise getroffen wurden, benötigen daher die meiste Unterstützung. Doch auch insgesamt führten die Schulschließungen zu einer Bildungslücke quer durch alle Jahrgänge, es fehlten das gemeinsame Lernen, die Gespräche, das Spielen auf dem Pausenhof, was sich bei Kindern auch auf die kognitive und soziale Entwicklung auswirken kann. Kinder und Jugendliche haben in der Pandemie Unglaubliches für die gesamte Gesellschaft geleistet. Wir sind es ihnen schuldig, sie endlich in den Mittelpunkt von Politik zu stellen. Sie sind die Staatsbürger*innen und die Demokrat*innen von morgen.

Gleiche Lebenschancen heißt, unterschiedlich zu fördern. Wo mehr benötigt wird, muss mehr investiert werden. Wir wollen Kitas und Schulen, in die Kinder und Jugendliche, aber auch Erzieher*innen und Lehrer*innen gleichermaßen gerne gehen. Und zwar egal ob auf dem Land oder in der Stadt, ob in ärmeren oder reicheren Vierteln. Erzieher*innen und Lehrer*innen sind jederzeit systemrelevant, diese Wertschätzung sollte sich in ihrer Arbeit, ihrer Bezahlung und in der Ausstattung widerspiegeln. Schulen sollten die besten Orte im Land sein, mit schnellem Internet und sauberen Toiletten, mit multiprofessionellen Teams, die dank guter Aus- und Weiterbildung, sicheren Berufswegen und einem guten Lohn Kinder in ihren unterschiedlichen Bedürfnissen bestmögliche Unterstützung geben. Da die Weichen am Anfang gestellt werden, müssen dort auch die meisten Ressourcen reinfließen. Vor allem für Kitas und den Primarbereich werden wir die Investitionen deutlich erhöhen.

Bildung ist ein Recht für jedes Alter und jeden Lebensweg. Ein Lebenslauf lässt sich nicht am Reißbrett planen, darum müssen unsere Bildungswege flexibel und durchlässig sein. Abitur auf dem zweiten Bildungsweg, die Tischler*innenlehre mit Mitte 30 oder der erste Studienabschluss überhaupt in der Familie – das alles muss möglich sein und darf nicht davon abhängen, ob es von zu Hause finanzielle Unterstützung gibt. Ob Ganztags- oder Abendschule, ob duale Berufsbildung, Weiterbildung oder Studium, ganz gleich, ob als Handwerker*in am

Bau, als Angestellte*r im Büro oder selbständig im eigenen Betrieb: Wir unterstützen die vielfältigen Lebensbahnen und die dazu passenden Bildungsverläufe.

Die Auszubildenden und Student*innen leiden unter den Auswirkungen der Pandemie. Sicher geglaubte Ausbildungsplätze sind weggefallen, manche Studierende haben noch nie einen Hörsaal von innen gesehen. Gerade weil dies eine entscheidende Lebensphase der Neuorientierung ist, stehen wir in besonderer Pflicht, Sicherheit und Perspektiven zu schaffen. Für alle, die eine Ausbildung anstreben, wollen wir einen guten Ausbildungsplatz garantieren. Es darf keine verlorene Generation Corona geben.

Um die großen Krisen einzudämmen – die Klimakrise, Pandemien –, ist alle Kreativität und jeder Forschungsgeist gefragt. Ein gutes Leben wird auch künftig möglich sein, weil Wissenschaftler*innen und Forscher*innen in Betrieben, Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen permanent und mit Leidenschaft an neuen Ideen arbeiten, an Antworten auf Fragen, die wir noch gar nicht gestellt haben. Aber sie können neuartige Impf- oder alternative Antriebsstoffe nur dann entwickeln, wenn sie eine gut ausgestattete Forschungsumgebung haben und sie Neues mit ungewissem Ausgang erforschen und ausprobieren
können. Sie brauchen für ihre Arbeit optimale und verlässliche Bedingungen, unnötige bürokratische Hürden sollten wir abbauen.

Wissenschaft zeigt immer wieder neue Denkhorizonte und Möglichkeiten auf und ändert so den Lauf der Dinge. Sie gibt eine zentrale Orientierung für politisches Handeln, das zeigen Klimakrise und Pandemie. Aber in Zeiten von Informationsfilterblasen und Verschwörungsideologien werden wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlich in Zweifel gezogen. Nötig ist ein verständlicher Wissenschaftsdialog, der Wissenschaft und Gesellschaft näher zusammenbringt – durch partizipative Formate und Förderung der Wissenschaftskommunikation.

Wir fördern gute Bildung von Anfang an

Für jedes Kind einen Kitaplatz in einer guten Kita

Egal, aus welcher Ecke Deutschlands und aus welchem Elternhaus, alle Kinder brauchen die Chance auf ein gutes und geborgenes Aufwachsen. Kitas haben einen entscheidenden Anteil daran. Sie schaffen Halt, wecken Neugier, vermitteln Freude am Zusammensein mit Gleichaltrigen und begleiten beim Großwerden. Mit einem Bundesqualitätsgesetz sorgen wir dafür, dass Spitzenqualität in die Einrichtungen kommt, denen wir unsere Kleinsten anvertrauen. Die Zeit, die Fachkräfte für die Kinder haben, ist entscheidend dafür, dass sich Kinder wohlfühlen und individuell gefördert werden können. Deshalb wollen wir mit Mindeststandards sicherstellen, dass sich eine Erzieherin oder ein Erzieher um höchstens vier unter Dreijährige und neun über Dreijährige gleichzeitig kümmern. Darüber hinaus müssen sie genügend Zeit für Vor- und Nachbereitung, Elterngespräche und Fortbildungen haben. Den Fachkräften in den Kitas stärken wir den Rücken mit Fachberatung und Mentoring-Programmen, Lernortkooperationen und Unterstützung für berufliche Weiterentwicklung innerhalb des Kita-Systems. Damit alle Kinder, auch Kinder mit Behinderungen, einen Platz in einer guten Kita bekommen können, wollen wir das Engagement des Bundes beim Platzausbau weiterführen.

Mehr Fachkräfte in Kitas, Horten und Schulen

Die pädagogischen Fachkräfte in Kitas, Horten oder Schulen tragen eine hohe Verantwortung, denn sie prägen den Lebensweg von Kindern bereits in sehr frühen Jahren entscheidend mit. Doch diese Verantwortung spiegelt sich noch nicht ausreichend in der Bezahlung der Fachkräfte wider. Für die wichtige Arbeit, die Erzieher*innen leisten, brauchen sie einen guten Lohn. Mit einer wirkungsvollen Fachkräfteoffensive wollen wir zudem für faire Ausbildungsvergütungen, Weiterentwicklungsmöglichkeiten und gute Arbeitsbedingungen sorgen,
dabei darf die Ausbildung zum Erzieher*innenberuf nicht am Schulgeld scheitern. Um den Lehrkräftemangel mit gut qualifiziertem Personal nachhaltig bewältigen zu können, wollen wir mit einem Bund-Länder-Programm hochwertige Quereinstiegsbildung fördern und gemeinsame Qualitätsstandards sichern.

Recht auf einen Ganztagsplatz für jedes Grundschulkind

Schulen sollen starke Orte der Bildung, der Begegnung und der Inspiration sein. Dafür brauchen sie motivierte Fachkräfte, gut ausgestattete Räume und Zeit. Zeit für gemeinsames Lernen und Spielen, Forschen und Entdecken, gemeinsame kulturelle, soziale und demokratische
Erfahrungen, Sprach- und Bewegungsförderung, individuelle Betreuung und Hausaufgabenhilfe. Dafür sind Ganztagsplätze in einer Grundschule oder einem Hort wichtig. Unser Ziel ist, einen individuellen Rechtsanspruch für jedes Grundschulkind auf Ganztagsbildung und -betreuung umzusetzen – mit genügend Fachkräften in multiprofessionellen Teams, anregenden Räumen und Schulhöfen, einem gesunden Mittagessen und einer breit gefächerten Zusammenarbeit
mit Sportvereinen, Musikschulen und anderen Akteuren vor Ort. Dafür wollen wir einen finanziellen Anreiz schaffen. Es gilt, Ganztag für alle Kinder zu ermöglichen, ob mit Behinderungen oder ohne. Der Anspruch auf Integrationshelfer*innen muss überall gelten – gleich ob in der Ganztagsschule oder bei Hortangeboten durch die Jugendhilfe. Eltern von Kindern mit Behinderungen dürfen keine zusätzlichen Kosten entstehen. Die Umsetzung des Rechtsanspruchs wird ein gesamtdeutscher Kraftakt. Das muss sich bei der Beteiligung des Bundes an den Kosten widerspiegeln. Um alle Grundschulen auf ihrem Weg zu inklusiven Orten der Ganztagsbildung zu unterstützen, werden wir ein Begleitprogramm zur Förderung von Schulentwicklungsprozessen auf den Weg bringen und damit Koordinierungsstellen fördern.

Corona-Rettungsschirm für Kinder

Die Pandemie droht die soziale Ungleichheit in der Bildung dramatisch zu verschärfen. Gerade Kinder mit schlechteren Startchancen wurden nur noch schwer oder gar nicht mehr von Bildungsangeboten erreicht. Rund ein Fünftel der Kinder kehrt mit einer großen Bildungslücke zurück in die Schule. Bund, Länder und die Spitzenverbände der Kommunen müssen an einen Tisch, um einen umfassenden bundesweiten Bildungsrettungsschirm für zusätzliche Lernförderung aufzulegen. Damit jedes Kind den Anschluss behält, sowohl bei den Lehrinhalten als auch bei kognitiven und sozialen Entwicklungen, wollen wir über ein Bund-Länder-Modell-Programm jede Schule mit Budgets ausstatten, die sie selbstverantwortet flexibel einsetzen können, um für Kinder mit besonderem Bedarf gezielt Lernförderung anzubieten. Daneben soll Studierenden, angehenden Absolvent*innen aus der akademischen und beruflichen Bildung

sowie
pensionierten Lehrkräften ermöglicht werden, Schulen als kompetente Bildungslots*innen zu unterstützen.

Programm für Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren

Bildungschancen sind Zukunftschancen. Jedes Kind hat ein Recht auf eine gute Schule, egal, wo es lebt. Der Alltag sieht aber anders aus. Wir schlagen ein Bundesmodellprogramm für mehr

Bildungsgerechtigkeit vor, um Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu stärken. Wir fördern multiprofessionelle Teams, in denen sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter*innen und Erzieher*innen gegenseitig ergänzen und mit unterschiedlichen Perspektiven bereichern, um die Schüler*innen ideal unterstützen zu können. Dazu gehört es, systematische Präventions- und Interventionsarbeit zu leisten, Lernlücken zu schließen und deutsche wie auch muttersprachliche Sprachfertigkeiten zu fördern. Alle Akteur*innen kooperieren auf Augenhöhe. So wird auch die Elternarbeit verbessert und Schulen werden zu Unterstützungsorten für die ganze Familie. Schüler*innen sollen sich wohlfühlen können und keine Angst vor der Schultoilette haben. Darum wollen wir in bessere Räume und eine bessere Lernumgebung investieren.

Digitale Bildung auf die Höhe der Zeit bringen

Digitale Bildung ist viel mehr als Wissensvermittlung, sie ist ein Schlüssel für Zukunftskompetenzen. Das geht über das Whiteboard oder Coden hinaus: Die Digitalisierung hat
unsere Art zu leben verändert, also muss sich auch unsere Art, Schule zu denken, wandeln. Mit Lehrer*innen, die Spaß an neuer Didaktik haben, Schüler*innen, die sich spielerisch, zum Beispiel durch Gamification, neue Inhalte erschließen, und Schulen, die dafür technisch optimal aufgestellt sind. Allerdings hat die Pandemie gezeigt, dass es schon an den Grundlagen fehlt, auch im Vergleich mit anderen Ländern. Das wollen wir ändern: mit einer zeitgemäßen digitalen Ausstattung und mit Strukturen, die die Schulen beim digitalen Lehren und Lernen wirkungsvoll unterstützen – mit Fort- und Weiterbildungsangeboten für das pädagogische Fachpersonal sowie einem zentralen Ort der Beratung und des Austauschs zur Bildung in einer digitalen Welt. Wir wollen, dass Tablet oder Laptop genauso selbstverständliches Lernmittel sind wie früher Atlas oder Englischbuch. Unser Ziel ist es, allen Schüler*innen neue Arten des Lernens zu ermöglichen und sie auch auf eine selbstbestimmte Teilhabe in einer digitalisierten Welt vorzubereiten. Zukunftskompetenzen wie Kooperation, Kommunikation, Kreativität und kritisches Denken in der digitalen Welt werden immer relevanter. Um das alles umzusetzen, wollen wir auch den DigitalPakt zu einem echten gemeinsamen Vorhaben weiterentwickeln – mit klaren Zielen und Zeithorizonten, die gemeinsam im Rahmen der jeweiligen Verantwortung von Bund, Ländern und Kommunen erreicht
werden sollen.

Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern

Unser Ziel ist ein Bildungssystem, das überall gute Ausgangsbedingungen sichert und unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Aufenthaltstitel oder Behinderungen gleiche und

gerechte Chancen garantiert. Für notwendige Maßnahmen braucht es einerseits eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Länder, andererseits wollen wir die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Bund, Ländern und Kommunen verfassungsrechtlich abgesichert stärken. So sollen Schulen zu Orten werden, die – verankert in der Nachbarschaft – auf die Entwicklung der jeweiligen Potenziale der Kinder ausgerichtet sind. Schulen brauchen dafür eigene Entscheidungsspielräume. Die derzeitigen Regelungen zwischen Bund und Ländern beschränken die Möglichkeiten, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam auf neue Herausforderungen zu reagieren. Mit einer „Ermöglichungsklausel“ für die Bildungszusammenarbeit im Grundgesetz wäre gemeinsames Handeln dort möglich, wo es notwendig ist. Grundlage all dessen ist jedoch eine auskömmliche Bildungsfinanzierung, vor allem in den Grundschulen und Kitas, da hier die Basis gelegt wird.

Wir stärken Ausbildung und Studium

Sichere Ausbildungsperspektiven

Trotz enormen Fachkräftemangels sinkt die Zahl der jungen Menschen, die eine Berufsausbildung beginnen. Gleichzeitig landen immer mehr in den Warteschleifen des Übergangssystems. Die duale Ausbildung muss auf sichere Beine gestellt werden. Wir wollen mit der Ausbildungsgarantie allen jungen Menschen den Beginn einer Ausbildung ermöglichen. Dafür fördern wir verstärkt Verbundausbildungen und nutzen, wo notwendig, auch außerbetriebliche Ausbildungen. Unternehmen, die ausbilden wollen, unterstützen wir über eine Umlagefinanzierung. Mit dem Ausbau der assistierten Ausbildung und ausbildungsbegleitender Hilfen wollen wir mehr Jugendliche in ihrer Ausbildung unterstützen. Wichtig ist, dass in der Bildung auch einzelne Ausbildungsbausteine als Teilqualifikationen zertifiziert und anerkannt werden, damit keine Leistung auf dem Weg zum Berufsabschluss verloren geht. Damit alle Jugendlichen am Übergang von der Schule in den Beruf gute Beratung aus einer Hand und unter einem Dach erhalten, unterstützen wir den Ausbau flächendeckender Jugendberufsagenturen.

Berufliche und akademische Bildung sind gleich viel wert

In Deutschland gibt es hochwertige Ausbildungswege, sowohl an Hochschulen als auch im dualen Berufsbildungssystem. Wir wollen, dass berufliche und akademische Bildung gleichwertige Chancen auf ein erfolgreiches Arbeitsleben bieten und so eine echte Wahlfreiheit für junge Menschen besteht. Dafür müssen alle Berufsschulen gut ausgestattet sein und muss allen Auszubildenden ein eigenständiges Leben ermöglicht werden – durch eine Mindestausbildungsvergütung von mindestens 80 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütungen. Abschlussvoraussetzungen für die Eingruppierung in Entgeltgruppen des öffentlichen Dienstes im gehobenen und höheren Dienst wollen wir im Bund flexibilisieren und die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung bei Ausschreibungen der Bundesbehörden stärken. Daneben sind Talentscouting-Programme genauso wie die Begabtenförderung unabhängig vom Bildungsgang auszubauen. Und mindestens 10 Prozent der

Auszubildenden sollen schnellstmöglich einen Auslandsaufenthalt antreten können. So internationalisieren wir neben der akademischen auch die berufliche Bildung.

Eine Grundsicherung in Ausbildung und Studium

Wir wollen, dass sich jede*r eine schulische Ausbildung oder ein Studium leisten kann und dafür den Kopf frei hat. Dafür wollen wir als ersten Schritt das BAföG neu aufsetzen und zu einer Grundsicherung für Studierende und Auszubildende umbauen. Diese beinhaltet einen Garantiebetrag für alle Student*innen und Auszubildenden und einen Bedarfszuschuss für jene aus einkommensarmen Elternhäusern. Der Garantiebetrag ersetzt das Kindergeld und wird direkt an die Studierenden oder Auszubildenden überwiesen. Der zweite Baustein, der Bedarfszuschuss, wird bedarfsabhängig gezahlt. Die Höhe richtet sich nach Einkommens- und Vermögenssituation der Eltern sowie der Studierenden und Auszubildenden und wird auch direkt an die Empfänger*innen überwiesen. Die maximale Höhe des Bedarfszuschusses richtet sich nach den Regelsätzen für Erwachsene, die wir im Rahmen der grünen Garantiesicherung anheben wollen. Da nicht jeder Bildungsweg linear oder zum Teil berufsbegleitend verläuft, wollen wir die Bildungsfinanzierung noch stärker eltern- und perspektivisch altersunabhängig konzipieren. Ein Schritt in diese Richtung ist die Einführung eines Weiterbildungs-BAföGs. Studiengebühren lehnen wir ab.

Wir ermöglichen lebensbegleitendes Lernen

Ein Rechtsanspruch auf Weiterbildung

Die Möglichkeit zur beruflichen Neuorientierung und der Freiraum, Neues zu lernen, sind in einer modernen Wissensgesellschaft und Arbeitswelt im Umbruch unerlässlich. Auch durch die Corona-Pandemie ist bei vielen die Notwendigkeit entstanden, sich neue Arbeitsfelder zu erschließen. Wir wollen, dass jede*r, egal ob arbeitslos, selbständig oder angestellt, künftig selbstbestimmt neue berufliche Perspektiven entwickeln kann. Wir treten daher für einen individuellen Rechtsanspruch auf Weiterbildung ein. Zur sozialen Absicherung ist für arbeitsmarktbedingte Weiterbildungen ein auskömmliches Weiterbildungsgeld nötig, für alle anderen, die sich beruflich entwickeln oder neuorientieren wollen, ein Weiterbildungs-BAföG. So profitieren auch diejenigen, die bei der beruflichen Weiterbildung bislang das Nachsehen haben, etwa Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und alle prekär Beschäftigten. Um abhängig Beschäftigten die Zeit für eine berufliche Qualifizierung einzuräumen, wollen wir einen Freistellungsanspruch mit Rückkehrrecht auf den vorherigen Stundenumfang einführen. Daneben werden wir für eine verbesserte und gebündelte Beratung und Unterstützung Bildungsagenturen aufbauen. Dort sollen sich die relevanten regionalen Träger von Weiterbildung vernetzen. Eine zentrale Online-Plattform, die unabhängig und öffentlich finanziert ist, soll außerdem alle Angebote bündeln. Zudem wollen wir die Volkshochschulen bei ihren Aufgaben unterstützen.

Alphabetisierung vorantreiben

In Deutschland gelten gut sechs Millionen Menschen ab 18 Jahren als „funktionale Analphabet*innen“. Sie haben also Schwierigkeiten, ganze Texte zu verstehen. Die große Mehrheit von ihnen hat einen Schulabschluss. Diese Zahlen sind 100 Jahre nach Einführung der allgemeinen Schulpflicht und in einer der reichsten Industrienationen der Welt nicht hinnehmbar. Wir wollen Geld und Kurskapazitäten bereitstellen – für Erwachsene, aber auch für Kinder. Denn die Ursachen liegen oft schon im Vorschulalter. Wir wollen konkrete Reduktionsziele für Analphabetismus festlegen und evaluieren.

Wir verbessern die Bedingungen für Wissenschaft und Forschung

Mehr Raum für große Ideen

Die großen Herausforderungen unserer Zeit wie die Klimakrise, Pandemien oder auch eine effizientere Nutzung von Rohstoffen können wir nur mit der Hilfe von innovativen Lösungen und Fortschritt bewältigen. Der Markt kann vieles allein, aber bei der Lösung solcher großen Aufgaben muss der Staat ein wichtiger Innovationstreiber werden. Er soll klare Zielvorgaben machen, Kooperationen von Unternehmen, Hochschulen und Zivilgesellschaft organisieren und mit gezielter Forschungsförderung und strategischer Industrie- und Beschaffungspolitik Dynamik entfachen. Große Probleme können nur umfassend gelöst werden. Wir wollen deshalb die
Förderpolitik des Bundes an den VN-Nachhaltigkeitszielen (SDGs) ausrichten. Technische, soziale und ökologische Innovationen sind deshalb gleichwertig. Die „Agentur für Sprunginnovation“ (SprinD) sollte flexibler ausgestaltet werden, damit sie sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren kann.Insgesamt wollen wir die Kompetenz für Wissenschaft und Forschung in allen Ministerien sowie den zentralen, obersten Bundesbehörden stärken und die ressortübergreifende Zusammenarbeit bei den großen Forschungsherausforderungen verbessern.
Unsere Behörden sollen nachhaltigen Wandel ermöglichen und nicht bremsen.

Forschungsfinanzierung aufstocken und vereinfachen

Als Wissensgesellschaft trägt Deutschland die Verantwortung, beste Bedingungen für Forschung

und Innovation zu schaffen. Wir wollen erreichen, dass bis 2025 Staat und Unternehmen insgesamt mindestens 3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung investieren. So ermöglichen wir mehr Kreativität, Freiräume und internationale Vernetzung und schaffen Planbarkeit in unserer Forschungslandschaft. Außerdem brauchen wir eine auskömmliche Grundfinanzierung in der Wissenschaft, um die Abhängigkeit von den in den letzten Jahren stark gestiegenen Drittmitteln wieder einzudämmen. Im Wettbewerb vergebene Drittmittel können zwar durchaus zusätzliche Dynamiken freisetzen, doch häufig sind ihre Laufzeiten zu kurz. Daher wollen wir einen größeren Teil der öffentlichen Drittmittelförderung länger als die üblichen drei Jahre aufsetzen. Eine weitere Dynamik wollen wir entfachen, indem wir die Mittelbereitstellung vereinfachen. Das erhöht auch in zukünftigen Krisen die Reaktionsfähigkeit des Wissenschaftssystems. Denn die Zukunft unseres Landes hängt auch davon ab, wie flexibel und frei unsere Forschungslandschaft ist.

Wissenschaft für alle

In Zeiten von Informationsfilterblasen und Verschwörungsideologien einerseits und epochalen neuen Herausforderungen andererseits ist wissenschaftliche Beratung wichtiger für die demokratische Debatte denn je. Eine stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft, ein sicherer Zugang zu Informationen für alle sowie die verständliche Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse sind Voraussetzungen für ein konstruktives, sich gegenseitig stimulierendes Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft. Wir wollen interdisziplinäre wissenschaftliche Expertise frühzeitiger – etwa durch Gesetzgebungslabore – in die Politikentwicklung einbeziehen. Die Technikfolgenabschätzung und das Monitoring der gesellschaftlichen Folgen politischer Maßnahmen sollten ausgebaut werden, um Entscheidungsträger*innen zu unterstützen. Außerdem wollen wir die Wissenschaftskommunikation stärken und die Aus- und Weiterbildung von Wissenschaftler*innen in diesem Bereich fördern. Durch mehr partizipative Formate wie Reallabore, Citizen-Science oder Experimentierräume kann die Gesellschaft besser an Forschungsvorhaben teilhaben. Das bringt weitere Perspektiven ein und hilft, reale Veränderungsprozesse wissenschaftlich zu begleiten.

Hochschule fit machen

Den Hochschulen fehlt es an Investitionsmitteln für die digitale Infrastruktur und die IT-Sicherheit. Wir werden deshalb über eine Digitalisierungspauschale die IT-Infrastruktur an Hochschulen stärken, Aus- und Weiterbildung der Lehrenden ausbauen und digitale Beratungs- und Betreuungsangebote für Studierende ausweiten. Der Zugang zu Forschungsdaten soll erleichtert werden, indem wir Open Access zum Standard erklären und als wissenschaftliche Leitidee etablieren. Die dadurch anstehende Reform der Finanzierung wissenschaftlicher Publikationen darf nicht zu Lasten der Forscher*innen gehen. Wir wollen die nationale Forschungsdateninfrastruktur stärken und die Chancen der europäischen Cloud für Wissenschaft und Forschung ergreifen. Zu einer zukunftsfesten Infrastruktur an den Hochschulen gehören auch moderne Bibliotheken und Lehr- und Lernräume sowie die klimafreundliche Sanierung von in die Jahre gekommenen Hochschulbauten.

Bessere Arbeitsbedingungen und sichere Berufswege

Sichere Arbeitsbedingungen und gleiche Karrierechancen für alle sind die Voraussetzungen für eine lebendige und innovative Wissenschaftslandschaft, die auch für Wissenschaftler*innen aus dem Ausland attraktiv ist. Für Nachwuchswissenschaftler*innen gibt es vor allem an Hochschulen jedoch kaum planbare und sichere Berufswege. Das gefährdet den Forschergeist und verschleudert Potenziale bei Innovation, Leistung und Qualität. Und es ist für die Betroffenen eine Zumutung. Dem begegnen wir mit dem Ausbau der Tenure-Track-Professuren und der substanziellen Reduzierung befristeter Mitarbeiter*innen-Stellen. Zudem wollen wir unbefristete Berufswege neben der Professur schaffen und ausweiten. Daueraufgaben sollen auch mit Dauerstellen gesichert sein. Die Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist immer noch vorwiegend männlich, weiß, westdeutsch und von Menschen aus akademischen

Elternhäusern
geprägt. Das wollen wir ändern und Anreize für wirkungsvolle Diversitätsstrategien in Wissenschaft und Forschung schaffen. Gerade Frauen kehren in der Postdoc-Phase der Wissenschaft den Rücken, sodass nur ein Viertel aller Professuren in Deutschland von ihnen besetzt ist. Wir wollen einen Frauenanteil von 40 Prozent auf allen Ebenen durch die Einführung konkreter Zielquoten, eine Strategie für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Wissenschaftsbereich, die Einführung des Kaskadenmodells sowie den Ausbau des Professorinnenprogramms erreichen.

Wissenschaftsfreiheit verteidigen

Politisches Handeln in der geistigen Tradition der Aufklärung sowie die Orientierung an den Erkenntnissen der Wissenschaft stehen immer stärker unter Druck, auch in Deutschland. Doch es braucht freie Wissenschaft, um mit Erkenntnis und Innovation gesellschaftliche Entwicklung zu ermöglichen und Menschheitsprobleme zu lösen. Wir wollen weltweit verfolgte Wissenschaftler*innen und Studierende besser schützen, etwa durch einen europäischen Fonds. Es muss wirksamen Schutz gegen Anfeindungen geben, wie sie mittlerweile auch Forscher*innen
und auch ausländische Studierende häufig erleben. Die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen und die Visavergabe sollen vereinfacht werden. Konsequent werden wir Angriffen auf die Wissenschaftsfreiheit in anderen Staaten der EU, etwa in Ungarn, widersprechen und uns für die Sanktionierung im Rahmen des Rechtsstaatsmechanismus einsetzen. Die Verteidigung der Wissenschaftsfreiheit muss zentraler Aspekt der Außenpolitik sein.